

Einiges mehr erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.aktiomed.de

Empfehlungen für Investment-Anlagen in Investmentfonds, geschlossene Fonds und Immobilien

AKTIOMed Postfach 310147, 53201 Bonn Tel.: 0228/18467-0 / www.aktiomed.de

Versand: Vierfarbig per Post oder e-mail (PDF-Datei, zu öffnen mit Acrobat Reader)

Liebe Leserin, lieber Leser,

vier Wochen dauert nun die **Aggression Russlands** in der Ukraine und noch ist kein Ende abzusehen. Allmählich werden die Folgen sichtbar, die getöteten Zivilisten, die zerstörten Gebäude oder die geschlossenen Wirtschaftsunternehmen. Putins Überfall auf die Ukraine wäre ohne seine diktatorähnliche Herrschaft wohl kaum denkbar. Inzwischen werden zu viele große Länder von **nationalistischen Autokraten** geführt. Käme Putin ungestraft davon, müssten diese Autokraten sich geradezu eingeladen fühlen, ebenfalls auf einen expansionistischen Kurs zu setzen. Zumal der Uno-Sicherheitsrat durch die Vetomacht Russland und mit Abstrichen auch durch China seit Langem paralysiert ist und kaum etwas zur Friedenserhaltung beitragen kann.

Ökonomische Waffen, deren Schlagkraft durch die globale wirtschaftliche Vernetzung verstärkt wird, sind vor diesem Hintergrund für die **zivilisierte Welt** mehr oder weniger der einzige Weg, auf Aggression und Barbarei zu reagieren. Allerdings sind die Risiken, die von diesen Waffen ausgehen, nicht zu unterschätzen. Auch Wirtschaftssanktionen können sich in **Massenvernichtungswaffen** verwandeln. Sie mögen keine Gebäude zerstören oder Brücken zum Einsturz bringen, aber sie gefährden Unternehmen, Finanzinstitute, Lebensgrundlagen und sogar Leben. Wie militärische Massenvernichtungswaffen können sie wahllos Schmerzen zuführen, sie treffen sowohl die Schuldigen als auch die Unschuldigen. Gehen die Wirtschaftsstrafmaßnahmen zu weit, laufen sie sogar Gefahr, den Prozess der Globalisierung umzukehren. Damit aber würde der Motor der modernen Welt abgewürgt.

Die scheinbar **unblutige Natur** wirtschaftlicher Waffen und das Fehlen von Normen, die sie regeln, können dazu führen, dass sie zu oft und zu umfassend eingesetzt werden. So halten die USA immer noch an ihren **erstmalig 1960** von Präsident Dwight D. Eisenhower verhängten harten Sanktionen gegen Kuba fest, obwohl es weit schlimmere Regime in der Welt gibt. Und China startete unlängst einen wirtschaftlichen Rachefeldzug **gegen Australien**, nur weil die Regierung in Canberra eine unabhängige Untersuchung zum Ursprung des Coronavirus gefordert hatte. Ebenso besorgniserregend ist der wachsende öffentliche Druck auf Unternehmen, in bestimmten Ländern keine Geschäfte mehr zu tätigen. Das kann dazu führen, dass Sanktionen über die ursprünglichen Absichten der politischen Entscheidungsträger hinaus ausgeweitet werden. Es ist nicht allzu

schwer vorstellbar, dass ein Land künftig wegen der Position seiner Regierung etwa zu **Fragen der Abtreibung** oder **des Klimawandels** mit einem Wirtschaftskrieg überzogen wird. Nach den vom Westen verhängten Strafmaßnahmen gegen die russische Zentralbank fürchten China, Indien und viele andere Länder, dass ihre eigenen Devisenbestände bei einem **„Fehlverhalten“** ebenfalls eingefroren werden. Aus Sorge vor einer stark eingeschränkten Dollar- oder Euro-Liquidität könnten sie dazu übergehen, beispielsweise grenzüberschreitende Unternehmenskredite nicht mehr zu finanzieren. Hinzu kommt, daß dort als Gefahr gesehen wird, eines Tages vom internationalen **Zahlungsverkehrssystem Swift** ausgeschlossen zu werden, so daß weitere Länder verstärkt auf alternative Transaktionssysteme setzen, die Folge davon wäre eine Fragmentierung des globalen Zahlungsverkehrs. Um nicht in die Gefahr zu geraten, eine wirtschaftlich balkanisierte und ärmere Welt zu schaffen, sollten Vorkehrungen zur Einhegung künftiger Sanktionsregime getroffen werden. Am wichtigsten wäre es wohl, wenn nicht mehr ein einziges Land aus alleinigem Antrieb Sanktionen verhängen könnte. Insofern haben die derzeitigen multilateralen Strafmaßnahmen gegen Russland durchaus Vorbildcharakter. Je zerstörerischer die wirtschaftliche Waffe ist, desto breiter müsste der Konsens sein. Das gilt insbesondere für Maßnahmen, die, wie im Fall Russlands, darauf abzielen, das Finanzsystem des Gegners zu untergraben. In anderen Fällen könnten solche Sanktionen dazu führen, dass sich Liberale und Reformer der Mittelschicht in wütende Nationalisten verwandeln. Darüber hinaus sollte es eine abgestufte Regelung des ökonomischen Waffeneinsatzes geben. Strafmaßnahmen gegen Vermögenswerte der **Eliten von Aggressor-Ländern** sollten die höchste Priorität und die niedrigsten Konsensanforderungen haben. Dazu gehört es in fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch, nicht länger die Augen vor ausländischem Vermögen zu verschließen, das bei ihnen „geparkt“ ist und aus **Steuerhinterziehung, Korruption und Diebstahl** stammt. Verhandlungen über **„wirtschaftliche Rüstungskontrolle“** wären ein erster, zukunftsweisender Schritt in die richtige Richtung. Friedliche Koexistenz ist schließlich immer besser als Krieg, egal wie er geführt wird.



Hans Kreideweiss
GF AKTIOMed

Die Gesamrendite ist positiv!

Die Inflation ist zurück. Seit Monaten fallen die Preissteigerungen deutlich höher aus als erwartet. Immer häufiger wird vor den negativen Folgen gewarnt: für Arbeitnehmer, für Bezieher von Transfereinkommen – und **für Sparer**. Letztere, so heißt es, seien schon lange gebeutelt, erst von den Niedrig- und Negativzinsen, jetzt auch noch von der Inflation. Das schon länger bestehende Narrativ, **deutsche Sparer würden enteignet**, scheint sich nun vollends zu bestätigen. Tatsächlich war die reale Rendite deutscher Privathaushalte auf Bankeinlagen im vergangenen Jahr mit **-3 %** so niedrig wie nie zuvor seit Einführung des Euros 1999, primär wegen der Inflation. Auch andere verzinsliche Titel wie Schuldverschreibungen rentierten im negativen Bereich und lagen damit unter ihren langfristigen Durchschnittswerten. Andernorts ist die Lage ähnlich. Ob Spanien, Frankreich, Italien oder im Euro-Raum insgesamt, überall fielen die realen Erträge verzinslicher Schultitel 2021 ungewöhnlich niedrig aus. Durchweg negativ waren sie nur in **Deutschland**. Das und der historische Hintergrund von zwei Währungsreformen dürften erklären, warum die Debatte über die Gefahren der Inflation hierzulande besonders heftig entbrannt ist.

Haushalte besitzen allerdings nicht nur **Schultitel**. Sie investieren auch in andere Vermögensklassen, etwa in Aktien, Investmentfonds oder Immobilien. Und dort zeigte sich im selben Zeitraum ein ganz anderes Bild: So ging die Rally an den Aktien- und Immobilienmärkten trotz eines kurzen Coronadämpfers und erster Zinserhöhungen unvermindert weiter. Deutsche Haushalte erzielten im vergangenen Jahr mit ihren Aktieninvestments satte **27,5 % Rendite**. Auch die realen Erträge aus Immobilienvermögen fielen hierzulande mit **7,5 %** nicht nur überdurchschnittlich gut aus, sie waren auch höher als in allen anderen großen Euro-Ländern. Anders als durchweg behauptet, sind Sparer also nicht per se gebeutelt. Entscheidend ist, wie gespart wird.

Neben der Verzinsung von Bankguthaben und Schultiteln erreichten auch die Fremdkapitalzinsen in den vergangenen Jahren

historisch tiefe Niveaus. So sank die reale Zinsbelastung für Konsum- und Immobilienkredite 2021 für deutsche Privathaushalte **auf -1,0 %**, der Wert lag zum ersten Mal seit Beginn der Währungsunion im negativen Bereich. Obwohl die Situation in anderen großen Ländern des Euro-Raums ähnlich ist, waren nirgendwo die realen Kreditzinsen 2021 so niedrig wie in Deutschland. Dass Schuldner Nutznießer hoher Inflation sind, ist zwar allgemein bekannt. Das Ausmaß, in dem sie aber gerade in Deutschland vom Preisanstieg profitieren, dürfte doch überraschen.

So lag die schon seit dem Jahr 2000 trendmäßig steigende **reale Gesamtvermögensrendite** auf alle Sach- und Finanzaktiva deutscher Privathaushalte im vergangenen Jahr mit **5,4 %** sogar klar über ihrem langfristigen Durchschnitt von 4,1 %. Grund für dieses positive Langfristergebnis waren sowohl die überdurchschnittlich hohen Renditen auf Aktien, Investmentfonds und Immobilienvermögen als auch die Tatsache, dass diese Vermögensformen auf lange Sicht rund zwei Drittel des Gesamtvermögens ausmachten. Die Negativrenditen von Bankeinlagen und anderen Schultiteln, die im Schnitt ungefähr nur **ein Zehntel** zur Gesamtrendite beitrugen, wurden damit deutlich überkompensiert und in der öffentlichen Diskussion entsprechend überbewertet. Auch lag die **reale Eigenkapitalrendite**, die zusätzlich die Fremdkapitalkosten berücksichtigt, 2021 mit 6,3 % ebenfalls deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt von 4,2 %.

Die Ursachen dafür variieren: Mal ist die Portfoliostruktur ausschlaggebend, mal sind es landesspezifische Preis- oder Zinsentwicklungen. Doch unabhängig davon spricht dieses Ergebnis dafür, dass Klagen über die negativen Auswirkungen von Niedrigzinsen und hoher Inflation vor allem für **deutsche Sparer** überzogen sind. Klar ist aber auch, dass sich die Portfolios einzelner Haushalte voneinander unterscheiden. Deutsche Haushalte mit geringem Vermögen haben primär Bankeinlagen und Versicherungsprodukte. Erst mit steigendem Vermögen erhalten renditestärkere Anlageformen ein stärkeres Gewicht. Insofern überrascht es nicht, dass ärmere Haushalte hierzulande im Allgemeinen geringere reale Renditen erzielen als reichere. Allerdings ist dieser Effekt weniger stark ausgeprägt als vielfach angenommen.

Alternative Investments: Eckdaten unserer Empfehlung für Ihre Investition



Fondsname: Solarportfolio 2
Initiator: HEP Capital
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 10.000.-
Dauer: 10 Jahre
Ausschüttung: 6,00 % p.a.
Rückfluss: Nach 10 Jahren: 151 %

Die Investitionen erfolgen in Solaranlagen in USA, Japan, Deutschland und Kanada. Sie werden realisiert, wenn bestimmte Voraussetzung beim Investitionsobjekt erfüllt sind. Hierzuland gehören u.a. eine gesicherte Einspeisevergütung, eine Netzanschlusszusage, der Abschluß umfassender Versicherungen sowie ein Service- und Wartungsvertrag.



Fondsname: Aircoating Technologie
Initiator: Patentpoll Group
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 20.000.-
Dauer: Geplant 5 Jahre
Ausschüttung: Unbestimmt
Rückfluss: Nach 5 Jahren: >100 %

Die Zeichner beteiligen sich an einem Unternehmen, das neuartige Beschichtungsstoffe für die Außenhaut von Schiffen, sowohl für Binnen-, als auch für Seeschifffahrt entwickelt hat. In den nächsten Jahren wird eine kleine Produktionsanlage gebaut und vollständig in Betrieb genommen. Ein Businessplan liegt vor und erste Umsätze werden in 2022 erwartet.

Unsichere Aussichten

Wer sich die Marktprognosen vieler **Asset Manager** zum Jahreswechsel in Erinnerung ruft, stellt fest, dass die Ukraine-Krise und das Risiko ihrer kriegerischen Eskalation im Reigen möglicher Störfaktoren der Weltwirtschaft und Börsenentwicklungen neben der Inflation, einer drohenden Zinswende und den Spannungen zwischen den USA und China gesehen und aufgezählt wurde. Indes haben viele Vermögensverwalter die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Konsequenzen dieses inzwischen ausgebrochenen Krieges allem Anschein nach unterschätzt oder es aus welchen Gründen auch immer versäumt, den **Konflikt weiterzudenken**. In der Folge können nun viele sagen, sie hätten den Konflikt gesehen, nur wenige aber, ihn richtig eingeschätzt zu haben und noch weniger, vorbereitet gewesen zu sein.

Und dabei kann sich eigentlich niemand hinter einem „**grauen**“ oder gar „**schwarzen Schwan**“ verstecken. Der Aufmarsch russischer Truppen an den Grenzen der Ukraine und die sich verschärfende Kriegsrhetorik fand unter den Augen und vor den Ohren der Weltöffentlichkeit statt. Sollte nicht sein, was nicht sein durfte? War die Angst, infolge von Absicherungen und Strategiewechseln im harten Performance-Wettbewerb bei einer Fehleinschätzung der Lage möglicherweise Boden zu verlieren, zu groß? Sah man sich für den Fall der Fälle mit den meisten Konkurrenten im gleichen Boot sitzend gut aufgehoben? Oder wollte man nur das Nervenkostüm seiner Anleger schonen? Fragen wie diese, sind wie die berühmte „**verschüttete Milch**“, der man sprichwörtlich nicht nachzuweinen braucht. Wohl aber darf man einmal kontrollieren, wer im Zuge der Krise Schaden begrenzt hat oder doch zumindest logische Schlussfolgerungen aus den jüngsten Entwicklungen für die nun folgende Zeit gezogen haben könnte.

Beim Dax ist vorerst Ruhe eingekehrt. Nach dem fulminanten Anstieg um **16 Prozent innerhalb von zwei Wochen** beendete das wichtigste deutsche Börsenbarometer die vergangene Woche nahezu unverändert. Damit liegt der Index wieder auf dem Niveau zu Kriegsbeginn. Die sinkende Volatilität spiegelt die Unsicherheit der Anleger wider. Welche

Richtung der Dax einschlagen wird, ist freilich kaum zu sagen. Die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage machen allerdings wenig Hoffnung auf einen weiteren dynamischen Anstieg in naher Zukunft. Denn das Geschäft der deutschen Unternehmen wird gleich dreifach belastet: **Krieg und geopolitische Unsicherheiten**, rasant steigende **Inflation** und die damit einhergehende **Zinspolitik der Notenbanken**, sowie **zerrüttete Lieferketten** trüben die Aussichten ein. Das deutsche Exportmodell steht unter Druck: Die ohnehin durch die Pandemie angeschlagenen Lieferketten werden durch den Krieg in der Ukraine weiter belastet. Besonders hart trifft das etwa die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, denen nun neben Chips auch Kabelbäume fehlen. Hinzu kommt, dass die Konjunktur im wichtigen Absatzmarkt China durch eine neue Covid-Welle, Probleme im Immobiliensektor und ein eingetrübtes Konsumklima abkippen könnte. Die chinesische Regierung aber auch der internationale Währungsfonds (IWF) rechnen mit dem schwächsten **Wachstum seit 30 Jahren**. Ins Kontor produzierender Unternehmen schlagen auch die hohen Energiepreise. Öl und Gas haben sich seit Kriegsbeginn rasant verteuert, ein Embargo als Sanktion gegen Russland steht weiterhin im Raum und die Versorgung ohne Importe aus Russland ist derzeit nicht zuverlässig gesichert. Wohin diese Gemengelage führen kann, zeigen die aktuellen Konjunkturprognosen. Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) hat seine Wachstumsprognose für Deutschland jüngst um bis zu 40 Prozent reduziert.

Die Aussichten sind somit eher düster, eine weitere Eskalation des Krieges ist im **aktuellen Kurs nicht eingepreist**. Die jüngste Erholung dürfte vielmehr eine technische Reaktion auf den dynamischen Ausverkauf gewesen sein als die langfristig positive Wende. Dafür spricht auch die Charttechnik. Zum derzeitigen Stand um 14.400 Punkte notiert der Dax weiterhin deutlich unter dem mittelfristigen Trend, der bei 15.250 Punkten verläuft und der 200 Tagelinie, die bei 15.450 Punkten liegt. Die Abwärtsbewegung ist damit weiterhin intakt. Dennoch könnte sich im Bereich 14.100 bis 14.500 ein breiterer Kursboden bilden. Angesichts der unübersichtlichen Lage sollten Anleger weiterhin **ihre Pulver trocken** halten und auf neue Impulse warten.

Bitte faxen an: **0228-18467-10** oder eine e-mail an: **aktiomed@t-online.de**

AKTIOMed vertraulich - März 2022

Name: _____ PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____ FAX: _____ e-mail: _____

Bitte Information über Patentpool Gruppe

Solarportfolio 2

Bitte um Information über ein Depot bei der Frankfurter Fondsbank (nur per Mail)

Bitte die Fondsdaten folgender Fonds übersenden: _____ (nur per Mail)